

## **Staatliche Repressionen zur Eindämmung des Widerstandes**

(Karawane Wuppertal)

Verstärkt erleben wir zur Zeit Angriffe auf die Rechte der Arbeiter, längere Arbeitszeiten, weniger Rechte gegenüber den Arbeitgebern und unsichere Arbeitsverhältnisse stehen auf der Tagesordnung. Mit zunehmendem Abbau von sozialen Rechten durch die Agenda 2010, mit steigender Arbeitslosigkeit und Verelendung steigen die Unzufriedenheit und der Frust der Menschen in Deutschland und Europa. Die Politik versucht von den wirklichen Ursachen abzulenken und die Unzufriedenheit der Menschen auf die MigrantInnen oder Flüchtlingen abzuwälzen. Die langjährige Diskussion über das Zuwanderungsgesetz, die Diskussion über den Beitritt der Türkei in die europäische Union, die Visaaffäre und die Äußerungen Lafontaines sind nur einige Beispiele. Der deutsche Staat ist verantwortlich für eine rassistische und menschenverachtende Politik, die systematisch Menschen ausgrenzt, sie durch Sondergesetze kriminalisiert und als Schmarotzer darstellt. Auf dieser Grundlage werden Menschenrechtsverletzungen toleriert und stillschweigend von der Bevölkerung akzeptiert. Die Dokumentation der Antirassistischen Initiative in Berlin ("bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödliche Folgen") und anderer Organisationen zeigen die Ausmaße der Politik, die parteiübergreifend seit Jahren praktiziert wird: Menschen sterben während gewaltsamer Abschiebungen, in Polizeihaft sind sie rassistisch-motivierten polizeilichen Übergriffen ausgesetzt, sie sterben in Abschiebehaf, sie vereinsamen und erkranken in entlegenen Heimen.

Diese gegen die Mehrheit der Menschen gerichtete Politik, die Resultat einer Politik ist, die auf wirtschaftlichen Grundlagen aufgebaut ist, ruft eine Gegenreaktion hervor. Die Menschen widersetzen sich dieser Politik. Doch sobald eine Reaktion sichtbar wird, sobald Menschen anfangen ihre ureigenen Interessen zu fordern, werden vom Staat harte Maßnahmen ergriffen, um die Reaktionen einzudämmen und die Gesellschaft kontrollierbar zu machen. auf

Demonstrationen werden jugendliche von der Polizei kriminalisiert, Kultur- und Diskussionsveranstaltungen werden unter dem Verdacht des Landfriedensbruches aufgelöst, Hausverbote an einst öffentliche Orte werden ausgesprochen, Menschen werden bei eine Anti-Nazidemo aus einer Stadt gewiesen. Mit dieser Vorgehensweise sollen Menschen in Angst gehalten werden, durch die Kriminalisierung von Aktivistinnen und deren Provokation während öffentlicher Veranstaltungen, soll die Solidarität der Bevölkerung mit ihnen unterbunden werden.

Doch Repressalien zum trotz werden Menschen immer wieder gegen eine menschenverachtende Politik eintreten. Seit Jahren kämpfen Aktivistinnen der Karawane, antirassistischer Gruppen, und betroffene Flüchtlinge gegen die in Deutschland praktizierte Politik gegenüber Flüchtlingen und Migrantinnen. In der Öffentlichkeit benennen sie die verantwortlichen Personen und Behörden und zeigen die Zustände, die sie zu verantworten haben. Sie stellen sich gegen die gesamte Abschiebemaschinerie, die beim Innenminister Schilly anfängt, und bei den BGS-Beamten und den begleitenden Ärzten endet. Doch in dem Geschäft sind nicht nur Beamte und Staatsherren und -diener verwickelt, auch Firmen verdienen dabei sehr gut. Die Geschäftsführung der LTU verriet einer Delegation am Düsseldorfer Flughafen nach einer Demo, dass jedes Charterflug für Abschiebungen etwa 50.000Euro bedeute und damit die Stelle eines Arbeitnehmers gesichert werden würde. Vom Düsseldorfer Flughafen findet in der Regel alle zwei Wochen eine Massenabschiebung statt. Die Flugzeuge fliegen nach Pristina, Istanbul, Zagreb... Doch wer die hiesige Politik und ihr hässliches Gesicht angreift, wer sich gegen die Trennung von Familien stellt, wer sich gegen die Abschiebung von Schutzsuchenden in Diktaturen stellt, wer sich gegen die Willkür der Behörden und Botschaften setzt, der/die wird vom Staat massivst unter Druck gesetzt. Wer bei einer Abschiebung, die Menschen am Flughafen über die unmenschliche Tat des Staates informiert, die Piloten und die Arbeitnehmer der Fluggesellschaft an ihre Pflichten als Menschen und an ihren Codex erinnert, der wird vom Staat angegriffen und von den Betreibern der Flughäfen, die heute privat sind, angezeigt. Diese Politik zielt darauf ab, dass die Menschen sich aus Angst vor staatlicher Gewalt und aus Angst vor sozialer Ausgrenzung in ihre Privatsphären zurückziehen, damit der Staat, damit die großen Konzerne weiter ihre Politik fortführen und ihren Profit abschöpfen können.

Die Karawane wird immer wieder das System der gesellschaftlichen Ausgrenzung, Entrechtung und Abschiebung benennen und sie in der Öffentlichkeit thematisieren, und sie wird sich dabei von keinerlei staatlichen Repressionen stoppen lassen! Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen gegen die Abschiebemaschinerie werden wir weiter führen und uns durch Hausverbote, Hausdurchsuchungen oder sonstige Repressionsmaßnahmen nicht einschüchtern lassen. Für uns steht der Mensch im Vordergrund und nicht der Profit der Firmen.

Wir fordern

- \* die Einstellung der Verfahren gegen Menschen, die sich gegen die rassistische Politik einsetzen,
- \* die Einstellung aller Verfahren gegen Flüchtlinge wegen rassistischer Sondergesetze, z.B. der Residenzpflicht,
- \* den sofortigen Stopp aller Abschiebungen und Einstellung aller Misshandlungen von Flüchtlingen.

Das Geld, das für die kostspieligen Abschiebungen ausgegeben wird, sollte statt dessen dazu verwandt werden, den Flüchtlingen ein menschenwürdiges Dasein in einem Land ihrer Wahl zu ermöglichen.

Die vier folgenden Beispiele sollen das Gesagte besser beschreiben und verdeutlichen.

Der Fall Akubo - Nach dem die anti-lager-tour im September 2004 im Landkreis Parchim Station gemacht hatte, kam es zu "plötzlich" beschleunigten Asylverfahren sowie zu vermehrten Abschiebungen. Akubo Chukwudi ein Karawaneaktivist, der sich seit Jahren gegen die herrschenden Verhältnisse gestellt hatte, wurde mit Abschiebung bedroht. Bereits drei mal zuvor hatten die Behörden vergeblich versucht ihn abzuschieben. Akubou war in den Jahren zuvor buchstäblich mit dutzenden von Verfahren seitens der Behörden und anderer Einrichtungen überzogen worden. Stets ging es um Verletzung der Residenzpflicht, um Widerstand, Diebstahl, Sachbeschädigung, etc. Sämtliche dieser Anzeigen sind im Kontext mit politischen Aktionen erfolgt: so hat Akubou z.B. "öffentlich" bei ALDI geklaut, um dagegen zu protestieren, dass Flüchtlinge nur 10% des Wechselgelds beim Einkauf mit Gutscheinen erhalten, während der Rest an den Supermarkt geht. Die Praxis der Behörden zielt - wie so oft - darauf ab, den Widerstand von Flüchtlingen mit unmittelbarer Repression zu zerschlagen - sei es durch Verlegungen in andere Heime, durch Kürzungen von Geld oder eben durch Abschiebungen.

Hausdurchsuchung in Hamburg - Am frühen Morgen des 15. Februar 2005 wurde die Wohnung von Ralf in seiner Abwesenheit von ca. acht Zivilbeamten der Polizei durchsucht. Gegen ihn wird ermittelt, weil er Stefanie Michaelis, eine leitende Sachbearbeiterin der Hamburger Ausländerbehörde, namentlich für Misshandlungen von Flüchtlingen während einer Abschiebung verantwortlich gemacht haben soll. Misshandlungen von Flüchtlingen durch Staatsbeamte sind alltäglich in diesem Land, auch im Vorfeld einer europäisch organisierten Massenabschiebung nach Westafrika, erfuhren dies die afrikanischen Gefangenen in der Abschiebeabteilung der Hamburger Justizvollzugsanstalt (JVA) Fuhlsbüttel. Für gewalttätige Übergriffe auf Flüchtlinge gibt es Verantwortliche: Diejenigen, die sie aktiv ausführen, aber auch diejenigen, die sie anordnen und/oder dulden. Es ist nicht bekannt, ob Stefanie Michaelis

als verantwortliche Sachbearbeiterin der Hamburger Ausländerbehörde für den Bereich Westafrika von dem oben geschilderten und anderen bekannt gewordenen Übergriffen wusste. Aber es ist auch nicht bekannt, dass sie sich je davon distanziert hätte. Und es ist bekannt, dass Frau Michaelis mitunter Abschiebeflüge nach Westafrika persönlich begleitet.

Hausdurchsuchung in München - Am morgen des 30. März 2005 fand in der Wohnung des Karawane-Mitglieds Hans-Georg Eberl in München eine Hausdurchsuchung statt. Die vier Polizisten suchten Beweise gegen den Urheber des Flugblattes, mit dem die KARAWANE vergangenen Oktober vor einem Flüchtlingslager protestierte und die zu einer Sammelvorführung der nigerianischen Botschaft geladenen Flüchtlinge aufforderte, nicht zu kooperieren. Vorgeladen waren Afrikaner und Afrikanerinnen aus ganz Bayern. Ziel dieser Veranstaltung war das Ausstellen von Ausweispapieren, um Abschiebung durchführen zu können. Verschiedentlich berichteten Betroffene der Karawane in der Vergangenheit, dass die nigerianische Botschaft praktisch für jeden Vorgeführten Papiere ausstellte, selbst wenn die Betroffenen gar nicht äußerten und es zumindest zweifelhaft blieb, ob es sich überhaupt um einen Nigerianer handelte.

Online-Demo gegen Lufthansa - Vor dem Frankfurter Amtsgericht endete am 1. Juli 2005 der erste Prozess gegen einen Initiator der ersten Online-Demonstration in Deutschland mit einer Verurteilung und Geldstrafe. Am 20. Juni 2001 hatten sich mehr als 13.000 virtuelle Demonstranten vor dem Internetportal [www.lufthansa.com](http://www.lufthansa.com) der Lufthansa versammelt, um gegen deren tödliche Abschiebeflüge zu demonstrieren. Durch den massenhaften und zeitgleichen Mausklick sollten die Server der Lufthansa symbolisch blockiert werden und die in der Öffentlichkeit die menschenverachtende Abschiebep Praxis angegriffen werden. Das Gericht sah den Tatbestand der "Gewalt in seiner stärksten Form erfüllt", da im Internet auf elektronischem Wege der "Willen Anderer gebeugt" worden wäre.